



Herrn  
Oberbürgermeister  
Uwe Richrath  
Friedrich-Ebert-Platz 1

51373 Leverkusen

22. Juni 2016

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie folgenden Ergänzungsantrag zur Vorlage 2016/1100 auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien:

- Die Verwaltung der Stadt Leverkusen wird beauftragt, 100.000 € in den Haushalt einzustellen, um damit erste konkrete Maßnahmen des Integrationskonzeptes umsetzen zu können bzw. die Erarbeitung und Umsetzung des Integrationskonzeptes zu fördern. Es sind vorrangig Maßnahmen zu berücksichtigen, bei denen eine kommunale Eigenbeteiligung erforderlich ist bzw. Maßnahmen, die eine sinnvolle Ergänzung von überregionalen Finanzierungen darstellen.
- Die Verwaltung prüft, inwieweit dafür Fördermittel in Anspruch genommen werden können.
- Die Freigabe der Haushaltsmittel erfolgt durch politische Beschlüsse in den zuständigen Gremien.

Begründung:

Ausweislich der Vorlage 2016/1100 soll kurzfristig mit der Fortschreibung des Integrationskonzeptes begonnen werden. Die Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Opladen Plus begrüßen dies ausdrücklich.

Nachdem sich die Stadt Leverkusen mit allen Akteuren aus Verwaltung, Politik, Sozialverbänden, Kirchen und Ehrenamtlichen in den vergangenen Monaten als weltoffene Stadt präsentiert hat, und allen Menschen, die ihr zugewiesen wurden, ein menschenwürdiges Obdach geben konnte, geht es jetzt darum, diese Menschen, die dauerhaft hierbleiben werden, in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Es ist unserer Ansicht nach richtig, diesen Prozess extern begleiten zu lassen, um das heute schon in der Fachverwaltung vorhandene interne Know-how durch externes zu ergänzen.

Integration wird jedoch nicht ohne finanzielles Engagement funktionieren. Deshalb beantragen die drei Fraktionen, einen zusätzlichen Betrag (über die Mittel hinaus, die dem Kommunalen Integrationszentrum zur Verfügung stehen) in Höhe von 100.000 € in den Haushalt einzustellen, um die Fortschreibung des Integrationskonzeptes weiter zu fördern und die Verwaltung in die Lage zu versetzen, mittels eines kleinen Budgets zusätzlich zum Integrationskonzept konkrete erste Umsetzungsmaßnahmen einzuleiten.

Bei den Maßnahmen sollen die Grundsätze berücksichtigt werden, wie im Beschlussentwurf beschrieben. Die Möglichkeit, hier Fördermittel zu generieren, ist zu prüfen.

Was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung in den vergangenen Monaten geleistet haben, verlangt Anerkennung. Deswegen ist es uns wichtig, hier auch einen ersten finanziellen

Rahmen zu schaffen. Die Unterbringung der zu uns gekommenen Flüchtlinge wurde durch die Stadtverwaltung gemeinsam mit unzähligen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern und einer Vielzahl unterschiedlicher Institutionen gemeistert. Obdachlosigkeit konnte so vermieden werden. Jetzt muss es darum gehen, diese Menschen, wenn sie dauerhaft bei uns bleiben, in unsere Stadtgesellschaft zu integrieren. Dazu zählen Kita, Schule, Ausbildung, Arbeitsmarkt, Wohnen, aber auch insbesondere die Integration in unsere Wertegemeinschaft.

Mit freundlichem Gruß



Thomas Eimermacher  
CDU

Bündnis 90/Die Grünen

Opladen Plus